

land abermals Macdonald beauftragte, über die notwendige Mehrheit im Parlament verfügen wird, um auch unpopuläre Maßnahmen gesetzlich zu verankern, nachdem sich diese neue Regierung auf dem Gedanken der Konzentration, d. h. der Zusammenarbeit der bisherigen Oppositionsparteien und zum mindesten eines Teiles der bisherigen Regierungsparteien aufbaut.

eine Lösung übrigens, die wieder einmal den gefundenen politischen Instinkt des Engländer verrät und ein nachahmenswertes Beispiel dafür abgibt, wie in Zeiten der Not und Gefahr Regierung und Opposition sich unter Zurückstellung von Auseinandersetzungen um Fragen zweiter Ordnung zusammenfinden müssen, um zunächst das Staatschiff heil durch das Gefahrengebiet hindurchzusteuern.

Auch darüber sind sich die bisherigen Oppositionsparteien, also Konservative und Liberale, sowie der verantwortungsbereite Teil der Arbeiterpartei schon heute klar, daß die in der Bildung begriffene Regierung der Konzentration zurücktreten wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden müssen, sobald eben diese Aufgabe der Überwindung der Gefahrenzone erfüllt ist.

Im allgemeinen wird angenommen, daß der Termin für die unvermeidlichen Neuwahlen in den Winter fallen wird.

Die Auswirkungen der Regierungsumbildung in dem Vereinigten Königreich auf die aukzen politische Linie Englands sind verhältnismäßig leichter zu übersehen, weil die englischen Parteien sich über die großen Probleme der Außenpolitik, also etwa Abrüstung, Reparationen usw. im großen und ganzen einig sind. Trotzdem ist es denbar und nicht unwahrscheinlich, daß in den internationalen Beziehungen doch das eine oder andere andersartig verläuft, als es verlaufen wäre, wenn die Leitung der außenpolitischen Geschäfte Englands in den gleichen Händen geblieben wäre wie bisher. Schon aber hört man aus Genf, daß man in Völkerkundskreisen wegen des Rücktritts des Außenministers Henderson, der zum Vorstehenden der großen Abrüstungskonferenz des Frühjahr 1931 ausersehen war und der zu den Mitgliedern des englischen Kabinetts gehört, die den neuen Kurs nicht mitverantworten zu können glauben, keineswegs unbefragt sei. Es kommt eben für die Lösung des einen oder andern Problems nicht nur darauf an, von welchen Gesichtspunkten aus sie betrieben wird, sondern weit mehr noch auf die Persönlichkeit, die hinter der Sache steht.

Wie Polen die Wirtschaftskrise steuern will

Der polnische Ministerpräsident Prystor hatte am Dienstag Versprechungen mit den Führern der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände über die Mittel und Wege, die zur Entspannung auf dem Arbeitsmarkt beitragen und vor allen Dingen eine Steigerung der Erwerbslosigkeit verhindern sollen. Das Kriterium dieser Versprechungen wird in der Entscheidung liegen, ob es unbeschadet der Wirtschaftskrise gelingt, den Arbeitsprozeß gleichsam zu strecken, also die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu erhöhen. Das soll erreicht werden durch einen planmäßigen Übergang von der Schichtearbeitswoche zu dem System der 5½ bis Vierlägerarbeitswoche. Bedächtigt ist ferner eine Art Notprogramm für die Erwerbslosen, um sie den Winter über vor Hunger zu schützen, r. z. durch Bereitstellung von Naturalien aus Mitteln der staatlichen Erwerbslosenfonds zu erreichen wäre.

Russische Bauern werden gezwungen, umsonst zu arbeiten

Jeder gesunde Bauer wird künftig nach einem neuen Dekret der Sowjetregierung sechs Tage im Jahr unbezahlte Arbeit beim Straßenbau leisten müssen. Die wohlhabenderen Bauern, die sogenannten „Rakuten“, müssen die doppelte Zeit arbeiten. Die Bauern sind verpflichtet, zu diesen Arbeiten selbst die Zugtiere und Karren zu stellen. Nur in Ausnahmefällen kann die Arbeit mit Geld abgelöst werden.

Spanisches Mosaik

Wie aus Madrid gemeldet wird, sind ernste Unruhen in Nordspanien zwischen Anhängern der Regierung und den römisch-katholischen Kreisen ausgebrochen. Die Regierung landete zwei weitere Kriegsschiffe und weitere erhebliche Truppenmassen nach den baskischen Provinzen, wo alle Garnisonen verdoppelt wurden. Die Katholiken halten überall im Lande Protestversammlungen gegen die geplanten antikirchlichen Bestimmungen in der neuen Verfassung ab. In Barcelona wurden beim Verlassen einer solchen Versammlung verschiedene Katholiken angegriffen und 18 von ihnen verwundet. Auch in Burgos und Valencia sowie in Navarra kam es zu Zusammenstößen.

Die Haltung des deutschen Volkes ist bewundernswert

Anerkennende Kanzler-Worte

Aussprache innerhalb der Parteien

Das Zentrum traf sich in Stuttgart

Über die Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums in Stuttgart wird von parteiamtlicher Seite folgender Bericht ausgegeben:

Am Dienstag fand hier eine Sitzung der Reichstagsfraktion des Reichstages statt. Reichskanzler Dr. Brüning und die Reichsminister Dr. Siegerwald und Dr. Wirth berichteten über die gegenwärtige Lage. Die Versammelten nahmen die Berichte in vertrauensvoller Stimmung entgegen, und es ergab sich volle Einmütigkeit sowohl in der Auffassung der Sachlage als auch der besonderen Aufgaben, die geziert werden müssen, um die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überwinden. Besondere Beachtung fanden in der Aussprache die Fragen, die mit der in Fluss geratenen Reparationsausprache zusammenhangen. Umfang und Weihenoben von Sparmaßnahmen in Ländern und Gemeinden, sowie die Kürzung der hohen Pensionen. In letzterer Frage wird von der Reichsregierung eine befürwortete Aktion erwartet.

Und Brüning sprach...

Bei dem zu Ehren des Reichskanzlers und der Reichstagsfraktion veranstalteten parlamentarischen Abend der Zentrums-Partei Groß-Stuttgart ergriff nach Begrüßungsworten des Präsidenten Andre Reichskanzler Brüning das Wort. Er führte u. a. aus:

Wir haben die Überzeugung, daß die Welt nur gefunden kann, wenn eine Reihe von Maßnahmen auf internationaler Basis in diesem Augenblick und in dieser Zeit der größten Wirtschaftskrisis, die die moderne Zeit ergriffen werden. Wir haben durch Krieg, Inflation und Stabilisierungserhebung einen so komplizierten Mechanismus in unserem sozialen Leben, daß es sehr schwierig ist, diese Dinge zu verfolgen, so daß dadurch der gebotene phrasenreiche Idealismus alle Chancen hatte.

Die Wählerschaft war nicht in der Lage, den schnellen Gang der Gesetzgebung in den letzten Wochen in seiner vollen Bedeutung zu erfassen, aber trotzdem hat sie keinen Augenblick die Nerven und das Vertrauen in die Führung verloren. Das wird trotz aller Heile eines Tages die Geschichte als eine der großartigsten Leistungen der deutschen Politik anerkennen.

Die Regierung ist sich bei all ihren Maßnahmen darüber klar gewesen, daß, wenn nicht das Vertrauen und die Disziplin des deutschen Volkes vorhanden gewesen wären, ihre Anordnungen kein Erfolg beschieden gewesen wären. Es war der größte Erfolg im Ausland, daß es an dem Tage, wo die Banken und Sparkassen geschlossen werden mußten, in Deutschland zu keinen größeren Auschreitungen und Tumulten gekommen ist.

Die Ausländer mußten feststellen, daß das deutsche Volk noch nie so ruhig gewesen ist wie in diesem Augenblick seiner höchsten Not.

Wenn die Botschaft des Präsidenten Hoover sich auch bisher noch nicht voll auswirkt,

Wichtige Neuerungen in der Zivilprozeß-Ordnung

Reformen besonders auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung

Das Reichsjustizministerium veröffentlicht den Entwurf einer neuen Zivilprozeßordnung. Die Veröffentlichung in diesem Augenblick wird damit begründet, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlicher Not sich außerordentlich große Mängel des Zwangsvollstreckungsverfahrens gezeigt haben, die einer baldigen Hilfe bedürfen.

Der Entwurf, um den es sich handelt, ist noch nicht der amtliche Entwurf des Reichsjustizministeriums, sondern

ein Referentenentwurf, der der öffentlichen Kritik unterliegt.

Von großer Bedeutung sind die Bestimmungen, die eine stärkere Aktivität des Richters durch die neue Prozeßordnung gewährleisten wollen. Diese ist nicht im Sinne einer Bewormung gedacht, sondern als eine lebendige Arbeitsgemeinschaft zwischen den

kennt, so hat sie doch die Grundlage gelegt für eine dauernde Besserung. Vitale internationale Besprechungen müssen noch folgen, wenn die Völker der Welt die Weltwirtschaftskrise überwinden wollen. Wir kennen die Grenzen unserer Möglichkeiten und wir sind uns klar, daß wir aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, uns zu helfen. Trotzdem müssen wir aber versuchen, das deutsche Volk durch die nächsten Monate und ihre Not aus eigener Kraft hindurchzubringen.

Wir sind der festen Überzeugung, daß, wenn das deutsche Volk diese Probe durchhält, wie es auch die letzten schweren Krisen überstanden hat, es gelingen wird, die deutsche Wirtschaft und das deutsche Sozialleben wieder gesund zu lassen.

Die Deutschnationalen konferierten in Berlin

Über die Sitzung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion gibt die Deutschnationalen Pressestelle folgenden Bericht aus: „Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei trat am 25. August, nachmittags 3 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Oberholzer erstattete zunächst einen eingehenden Bericht über die politische Lage. Darauf hielt Gselleng Hergt einen eingehenden Bericht über steuerliche und finanzielle Notverordnungsfragen. Er stellte fest, daß uns die Regierung Brüning statt der versprochenen Steuer-

senkungen in fünf Wellen seit dem 1. Januar 1930

gebracht habe, die im Verein mit den Mehrbelastungen und Kürzungen in anderthalb Jahren die Summe von 5,182 Milliarden erreicht hätten. Demgegenüber steht eine Minderbelastung, die mit wenigen hundert Millionen gegenüber der Mehrbelastung überhaupt nicht ins Gewicht falle. Durch das Hooverjahr sparte das Reich im Haushaltsjahr 1931/32 909 Millionen, 224,8 Millionen blieben zu zahlen für Zinsendienst u. Ä. Auch diese Summe sei verhältnismäßig gering bei dem drohenden Fehlbetrag, den der Haushaltssaldo auf der ganzen Linie aufweist.

Die einmütige Auffassung der Volkspartei

Über die am Montag stattgefundenen Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei teilt die Nationalliberale Korrespondenz folgendes mit:

„Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei nahm zur politischen Lage zunächst einleitende Berichte des Reichsaufnahmenministers Dr. Curtius und des Parteiführers entgegen. Im Rahmen der eingehenden Beratungen kam der Parteivorstand zu der einmütigen Auffassung, daß die Reichsregierung angesichts des ungeheuren Ernstes der Lage in kürzester Frist eine Klärung über die zur Behebung der Wirtschafts- und Finanznot erforderlichen Maßnahmen herbeiführen muß.

Die Notwendigkeit schnellster Handelns wurde durch die Schilderung akuter Notstände in den verschiedensten Gebieten besonders unterstrichen.

Parteivorstand und Reichstagsfraktion werden erneut zusammenentreten, sobald Klarheit über die Absichten der Reichsregierung besteht.

Interessant ist die Stellungnahme des Entwurfs zum Scheverfahren. Das bisherige Scheverfahren ist umgearbeitet worden. Die Frage der Eheschöffengerichte wurde dagegen offen gelassen. Die öffentliche Diskussion soll darüber entscheiden, ob dadurch die behauptete Einflistung des Reichsgerichts einztritt. Die Mitwirkung von Landrichtern in Ehesachen ist also auch in dem neuen Entwurf noch nicht ohne weiteres vorgesehen.

Während die bisherigen Vorderungen mehr oder weniger an die Vorschriften der Novelle von 1924 anlehnen, wird eine grundsätzlich

neue Regelung für die Zwangsvollstreckung

vorgeschlagen. Die Lage der Gläubiger gegenüber den Schuldnern wird dadurch verbessert, daß das gesamte Vollstreckungsverfahren vom Anfang bis zum Ende einheitlich dem Vollstreckungsgericht übertragen wird und dadurch die Möglichkeiten endloser Verzögerung beseitigt werden. Auf der anderen Seite erhält der Schuldnier einen wirklichen Schutz durch eine Unterscheidung zwischen böswilligen und gutwilligen Schuldnern.

Die leichten sollen durch ein Ausgleichsverfahren des Gerichts vor unbilligen Härten bewahrt werden.

Auch die Bedeutung des Offenbarungsbedarfes wird durch Ausdehnung seiner Gültigkeit auf früher vorhandene Vermögensbestände und einen Rückrufschluß bei verübten Pfändungen verstärkt.

Für den Schuldnier ist die Tatsache von Bedeutung, daß ihm der Weg eines neuen Be schwerdeverfahrens offensteht, bei dem mündliche Verhandlung vor Fällung eines rechtskräftigen Urteils obligatorisch vorgeschrieben ist.

Im einzelnen dürften die 1023 Paragraphen des Entwurfs in der nächsten Zeit eine rege Begeutzung pro und contra erfahren.

Hoover findet Unterstützung bei den Großbanken

Die New Yorker Großbankiers haben unter Führung J. P. Morgans in gestern stattgefundenen Sitzung beschlossen, sich an der von Hoover eingesetzten Hilfsaktion für die Arbeitslosen zu beteiligen.

Der Protest der 25 000

Nicht weniger als fünfundzwanzigtausend Personen nahmen an einer Protestveranstaltung in dem großen Saal von Madison Square Garden gegen das zunehmende Verbrecherunwesen in New York teil. Unter anderen sprach auch der frühere Staatssekretär Colby, der erklärte, der friedliche Bürger sei seines kleinen in New York nicht mehr sicher. Der Magistrat hat hundertfünfundzwanzigtausend Dollar zur Anschaffung von Panzerwagen für die Polizei angewiesen.

Arbeitslose suchen Gold

Bei uns ist die Arbeitslosigkeit auf der Suche nach Brot. Und damit hat sie gerade genug zu tun. An Goldgewinnung ist dabei nicht gut zu denken. Doch es gibt andere Länder, und da geht es anders zu. Dort scheint man glücklichere Verhältnisse zu haben und läßt die Arbeiter auf die Goldlücke. Beispielsweise in Australien. Auch dort gibt es Arbeitslose — wo gibt es die nicht benutzt? — und man kommt auf einen besonderen Eindruck.

Es gab ja früher so viele Leute, die in das Innere des Landes gingen, um nach Gold zu suchen. Es waren zum größten Teil auch nichts anderes als Arbeitslose. Unzählige, die es in ihrem Lande zu nichts bringen konnten. Ausgestoßene, die von ihrer Familie ausgestoßen wurden, Abenteurer. Sie kamen in Scharen in das Land, sie versuchten sich hocharbeiten oder sie suchten Gold.

Es wurde Gold in den Hügeln gefunden und im Sande danach gebraben. Bergbau gab es nicht. Das Land hat ihnen viel zu danken, denn diese Leute legten den Grund zur Kolonialisierung und zum Reichstum. Als nun das Gold „abgegraben“ war, zogen die Goldsucher in ergiebigere Länder. Aber man hat es sich überlegt, daß doch noch eine Menge Gold vorhanden sein muß, wenn man sich auch nicht solchen sensationellen Hoffnungen hingeben darf, wie die goldberauschten „Digger“ des vorigen Jahrhunderts.

Und so wird man denn von Staats wegen Kolonien austreten und sie unter Leitung eines erfahrenen Goldgräbers stellen, damit sie hinzuziehen und eine Tätigkeit haben. Eine romantische Angelegenheit, wie man vielleicht früher gedacht hätte. Ein schwieriges und wenig Aussichtsreiches Unternehmen. Aber es ist der Arbeitslosen, die dem Nichts gegenüberstehen, ein kleiner Hoffnungsschimmer, ein Ziel entstanden. Die bisher gemachten Versuche haben ein ermutigendes Ergebnis gezeigt. Das Land hat durch einige solcher Kolonien in einem Jahre einen Extrakt von 7 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt. Beteiligt an dem Unternehmen waren Menschen aller Art: Arbeiter und Bankiers, Künstler und Ingenieure. Hat sie alle hatte das Land seine Arbeit, keine Existenzmöglichkeit.

Und so wird man denn von Staats wegen Kolonien austreten und sie unter Leitung eines erfahrenen Goldgräbers stellen, damit sie hinzuziehen und eine Tätigkeit haben. Eine romantische Angelegenheit, wie man vielleicht früher gedacht hätte. Ein schwieriges und wenig Aussichtsreiches Unternehmen. Aber es ist der Arbeitslosen, die dem Nichts gegenüberstehen, ein kleiner Hoffnungsschimmer, ein Ziel entstanden. Die bisher gemachten Versuche haben ein ermutigendes Ergebnis gezeigt. Das Land hat durch einige solcher Kolonien in einem Jahre einen Extrakt von 7 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt. Beteiligt an dem Unternehmen waren Menschen aller Art: Arbeiter und Bankiers, Künstler und Ingenieure. Hat sie alle hatte das Land seine Arbeit, keine Existenzmöglichkeit.

Wir haben es ja nun nicht so gut. (Gold in Australien)

Wettervorhersage

Zerstörung des Witterungscharakters. Allmählicher Übergang zuerst zu wolfigem, dann heilem, trockenem Wetter, dessen Fortbestand in den nächsten Tagen wahrscheinlich ist. Sehr kalte Nächte mit Temperaturen unter 10 Grad. Von abends bis morgens stellenweise Nebelbildung.